



Antrag

der Fraktionen von FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und SSW

Rolle der Finanzbehörden bei der Entrechtung, Ausbeutung und Deportation von Jüdinnen und Juden, von Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma lückenlos aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, ein Forschungsprojekt mit dem Ziel in Auftrag zu geben, die Rolle der Finanzbehörden in Schleswig-Holstein bei der Entrechtung, Ausbeutung und Deportation von Jüdinnen und Juden, von Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus wissenschaftlich aufzuarbeiten und die Ergebnisse öffentlich zugänglich zu machen.

Begründung:

Zur Zeit des Nationalsozialismus hat eine staatlich legitimierte systematische Enteignung der Jüdinnen und Juden, der Sintize und Sinti sowie der Romnja und Roma stattgefunden. Die Finanzbehörden in Schleswig-Holstein wirkten bei diesen Enteignungen auf verschiedensten Ebenen, wie der Steuerpolitik oder dem Entzug des Vermögens von Deportierten oder der ins Ausland Emigrierten, mit. Die Einrichtung eines Forschungsprojektes durch das Finanzministerium ermöglicht es, diese Mitwirkung unter hohen wissenschaftlichen Standards aufzuarbeiten.

Annabell Krämer
und Fraktion

Uta Wentzel
und Fraktion

Oliver Brandt
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion